

„Das würde unsere Region zurückwerfen“

Interview mit Bauunternehmer und Kommunalpolitiker Lothar Sabisch: Heftige Kritik an Regionalplan

Von Josef Schmidt

Kreis

Olpe/Oberveischede

Lothar Sabisch (57)

gehört zu einer Spezies, die immer seltener anzutreffen ist: Er ist seit vielen Jahren

Kommunalpolitiker und Unternehmer zugleich.

Der Christdemokrat führt mit seinem Bruder Rüdiger die Sabisch-Bauunternehmen in Oberveischede und ist seit 1994 Mitglied der CDU-Fraktion im Kreistag. Themen wie Bauen und Wohnen, aber auch die Regionalpolitik sind direkt miteinander verzahnt. Unserer Redaktion stand Sabisch Rede und Antwort.



EINE SELTENE SPEZIES: Unternehmer und Kommunalpolitiker. Lothar Sabisch, Bauunternehmer und Kreistagsabgeordneter aus Oberveischede.
Josef Schmidt

Herr Sabisch, ist es angesichts der Preisspirale in der Baubranche nicht naiv, zu glauben, der Kreis könne das Gefahrenabwehrzentrum für 26 Millionen Euro bauen?

Lothar Sabisch: Es geht zunächst einmal darum, ein Ziel zu formulieren, das als Grundlage für die weiteren Planungen dient. Und die Daten lassen den Schluss zu, dass wir für dieses Projekt mit 26 Millionen Euro auskommen können. Wenn die momentan unkalkulierbaren Kostensteigerungen in der Baubranche dazu führen, dass nachgebessert werden muss, müssen wir das sozusagen ‚unterwegs‘ tun. Aber von vorneherein eine Planung an einer viel höheren Summe, beispielsweise 35 oder 40 Millionen Euro zu orientieren, würde dazu führen, dass es mit Sicherheit viel teurer als die 26 oder 28 Millionen Euro würde.

Ein Blick in ihre hauptberufliche Tätigkeit als Bauunternehmer. Haben Sie schon einmal einen annähernden Bauboom erlebt, wie wir ihn jetzt sehen?

Seit ich im Berufsleben bin, noch nicht. Nach dem 2. Weltkrieg, in den Aufbaujahren, hat es eine ähnliche Phase gegeben. Ich bin beruflich eher in einer schwierigen Zeit für das Bauwesen groß geworden. Mein Vater hat das Unternehmen in den 60-er Jahren aufgebaut und in diesen Jahren gab es auch eine sehr hohe Nachfrage.

Fachleute aus der Baubranche lächeln eher, wenn in den Medien von einer allgemeinen Inflation von drei oder vier Prozent gesprochen wird. Beim Bau liege sie bei 15 Prozent oder mehr. Stimmt das?

Allein vom zweiten zum dritten Quartal 2021 ist der Baupreisindex um 6,2 Prozent gestiegen. Wenn man das hochrechnet aufs gesamte Jahr, kommen gravierende Zahlen zum Vorschein.

Das wären ja über 20 Prozent.

Es war ein außergewöhnlicher Preissprung. Diese Situation darf sich so nicht fortsetzen, weil sich viele Menschen das Bauen nicht mehr leisten könnten. Ich glaube, dass es eine Momentaufnahme ist. Aber, das ist auch klar: Wir werden dauerhaft mit hohen Preisen leben müssen, da die Nachfrage stark bleibt. Die neue Koalition hat zudem angekündigt, pro Jahr 100.000 Wohnungen mehr bauen zu wollen.

Gibt es denn dafür überhaupt genügend Handwerker?

Das ist ein Problem. Die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe hat seit Anfang der 90-er Jahre drastisch abgenommen.

Von welcher Prozentgröße sprechen wir?

Bei den Facharbeitern müssen wir von etwa 45 Prozent ausgehen. Und auf diese ausgedünnte Facharbeiterkapazität trifft jetzt eine ausgesprochen hohe Nachfrage. Deshalb wird sich die Situation erst einmal nicht entspannen.

Überspitzt formuliert: Werden sich die Architekten ihre geplanten Häuser bald selbst mauern müssen, also vor dem Studium eine entsprechende Lehre machen?

Das sollte jeder, der plant, sowieso machen. Das gilt übrigens für viele Berufsgruppen. Praxiserfahrung ist ungeheuer hilfreich, wenn jemand in die planende Funktion wechselt.

Dann könnte man doch gleich das Bildungssystem revolutionieren und alle nach Klasse 9 oder 10 eine Lehre machen und erst dann entscheiden lassen, wie es weitergeht?

Ansatzweise gibt es so etwas, in Form eines dualen Studiums. Sinnvoll ist natürlich auch die Lehre vorm Studium. Wir haben solch einen Fall in unserem Unternehmen und begrüßen das sehr.

Sie haben mehrjährige Erfahrungen bei überregionalen Großprojekten wie Stuttgart 21 gesammelt. Was ist der Hauptgrund dafür, dass Bauvorhaben wie die Elbphilharmonie oder der Berliner Flughafen kostenmäßig derart aus dem Ruder laufen?

Ich habe beide Vorhaben zwar verfolgt, besitze aber keine Detailkenntnisse. Bei der Elbphilharmonie musste unter schwierigen Randbedingungen, sprich: Bauen im Hafenbecken auf bereits vorhandenen Fundamenten, ein technisches Spitzenbauwerk umgesetzt werden, insbesondere in Bezug auf die Akustik. Hier wurden die Anforderungen während der Bauphase erheblich gesteigert. Das stellt alles bisher in Deutschland Dagewesene in den Schatten. Herausgekommen ist absolute Spitzenklasse und wer Spitzenklasse will, muss tief in die Tasche greifen. Die Besonderheit des Bauwerks, der Standort und diese Anforderungen haben dafür gesorgt, dass letztlich, ich glaube, das Zehnfache von der ursprünglichen Kalkulation aufgewendet werden musste.

Und der Flughafen?

Ich hatte den Eindruck, dass in den Aufsichtsgremien Fachleute gefehlt haben. Fachleute, die mit so etwas annähernd Erfahrungen hatten. Das ist aber zwingend notwendig.

Aber wir müssen jetzt keine Angst haben, dass das Gefahrenabwehrzentrum auch zehnmal so teuer wird?

Nein. Sicher nicht.

Sie sind als Oberveischeder auch Bürger der Stadt Olpe. Verhebt sich die Stadt Olpe gerade bei ihrem städtebaulichen Megaprojekt?

Ich glaube, dass kaum eine Stadt in Südwestfalen ein solches Entwicklungspotenzial hat wie Olpe. Olpe ist als Wohn- und Gewerbestandort stark nachgefragt. Olpe liegt strategisch günstig an A 4 und A 45, auch wenn es gerade in Richtung Norden schwierig ist. Das Potenzial sollte auch gehoben werden.

Sehen Sie nicht die Gefahr, dass Olpe seinen gewachsenen alten Stadtkern entwertet?

Vor mehr als 15 Jahren hatten wir ja schon einmal gravierende Veränderungen wie die Neue Mitte. Die HTS wurde gebaut, die City-Galerie und die Unkenrufe wurden laut, die Olper würden alle nach Siegen zum Einkaufen abwandern. Das ist nicht geschehen und die Neue Mitte wurde ein städtebaulicher Glücksgriff. Und ich kann mir vorstellen, dass auch das neue Stück Olpe ein ebensolcher Glücksgriff wird und das Stadtbild abrundet. Olpe wird noch attraktiver.

Die Angst vor Zinserhöhungen geht um. Würden steigende Zinsen den Bauboom beenden?

Der Bauboom würde einen Dämpfer bekommen. Das wird aber auch schon durch die eingangs erwähnte Preisspirale geschehen.

Ein Einfamilienhaus mit 150 Quadratmeter für 500.000 Euro ist derzeit ja nicht utopisch?

Wenn die mal reichen. Dazu kommen die Kosten fürs Grundstück und die Nebenkosten. Das ist für einen durchschnittlichen Alleinverdiener nicht bezahlbar und für Doppelverdiener ein Kraftakt. Früher galt für viele, dass ein Einfamilienhaus nach 25 Jahren abbezahlt sein sollte. Das ist heute undenkbar. Deshalb wird sich die Situation mittelfristig normalisieren, weil Bauen so teuer wird, dass jeder dreimal überlegt, das zu tun.

Und dass Bauen wieder billiger wird, sehen Sie nicht?

Bei den zu erwartenden ökologischen Anforderungen durch die Bundespolitik, nein. Energie wird teurer, alle Herstellungsprozesse von Material werden teurer und der Unterhalt der Immobilien auch.

Ausflug in die Parteipolitik. Was muss die CDU tun, um wieder erfolgreich zu sein?

Die CDU hat auf wesentlichen Feldern Kompetenz verloren, insbesondere ihre Wirtschaftskompetenz. Die Parteispitze ist in einigen Bereichen dem Mainstream erlegen. Statt klare Standpunkt zu vertreten, wird geschaut, welche Politik welche Umfragewerte hervorrufen. Kurzfristig mag das helfen, langfristig nicht. Ein Thema, mit dem sich die Partei dringend beschäftigen muss, ist die Energie. Ich glaube, es wird absehbar ohne Kernkraft nicht gehen.

Das Thema Energie beschäftigt ja auch Oberveischede. Die Furcht, von Windrädern umzingelt zu werden, ist allgegenwärtig.

Wir sind in Oberveischede keine grundsätzlichen Gegner von Windenergie. Wir sind aber Gegner einer Regional- und Flächennutzungsplanung, die am Rand von Olpe, Attendorn, Lennestadt und Kirchhundem alles um uns herum konzentriert. Wir reden von rund 800 Hektar für Windenergie-Vorrangzonen. Dort wäre theoretisch Platz für etwa 100 Windräder. Da kann ich die Skepsis in meinem Heimatdorf sehr gut nachvollziehen.

Aber Hand aufs Herz. Können Sie sich vorstellen, dass irgendein Politiker den Mut hat, für die Atomenergie zu sprechen oder gar für den Bau eines neuen Atomkraftwerks?

Ich bezweifle in der Tat auch, dass das noch möglich ist, wenn ich sehe, wie viel Protest sich gegen eigentlich unkritische Bauprojekte formiert. Ich sage aber ganz klar: Es ist nicht machbar, aber es wäre richtig. Ich vermisste, egal, wen ich in der Politik frage, eine durchdachte Strategie, wie die Energieversorgung für den starken Industriestandort Südwestfalen und den Kreis Olpe langfristig gesichert werden soll. Und das ist beunruhigend. Wer nur dem Mainstream hinterher hechelt, wird keine Lösung finden.

Warum sitzen so wenige Unternehmer im Bundestag, auch in der CDU?

Viele Nachwuchspolitiker haben sich schon früh auf den Weg in eine reine Politikerlaufbahn begeben. Quereinsteiger haben es immer schwerer, können gar nicht die notwendigen Netzwerke aufbauen. Dazu kommt, dass viele Politiker auch noch beratungsresistent sind. Und das führt zum schleichenden Kompetenzverlust auf vielen Ebenen.

Was darf in diesem Jahrzehnt politisch auf keinen Fall passieren?

Dass der Regionalplan so umgesetzt wird, wie im Entwurf vorgesehen. Die dortigen Antworten auf die Fragen nach existenziellen Themen wie Energiegewinnung, Baulanderschließung und Gewerbegebiete sind die falschen. Das würde unsere Region erheblich zurückwerfen.

Provokative Frage: Was stünde dem Kreis Olpe im nächsten Jahrzehnt gut zu Gesicht? Ein Kreiskrankenhaus auf der Griesemert, ein Gaskraftwerk im Negertal oder eine neue Talsperre im Kirchhundemer Land?

Nichts davon. Aber der Kreis Olpe sollte sich noch intensiver mit der Frage der selbstständigen Energiegewinnung und -speicherung beschäftigen, insbesondere mit der Photovoltaik.